

DEUTSCHES INSTITUT FÜR WIRTSCHAFTSFORSCHUNG
(INSTITUT FÜR KONJUNKTURFORSCHUNG)

Wochenbericht

29. Jahrgang

Berlin, den 20. Juli 1962

Nummer 28/29

Nachdruck und sonstige Verbreitung — auch auszugsweise — ohne Quellenangabe nicht zulässig

Die Lage der Weltwirtschaft und der westdeutschen Wirtschaft um die Jahresmitte 1962

Beurteilung der Wirtschaftslage durch folgende Mitglieder der Arbeitsgemeinschaft
deutscher wirtschaftswissenschaftlicher Forschungsinstitute e. V., Bonn:

Deutsches Institut für Wirtschaftsforschung
(Institut für Konjunkturforschung), Berlin

Hamburgisches Welt-Wirtschafts-Archiv
Hamburg

Ifo — Institut für Wirtschaftsforschung
München

Institut für landwirtschaftliche Marktforschung
Braunschweig-Völkenrode

Institut für Weltwirtschaft an der Universität Kiel

Rheinisch-Westfälisches Institut für Wirtschafts-
forschung, Essen

Abgeschlossen in Berlin am 13. Juli 1962

Die Lage der Weltwirtschaft

Im ersten Halbjahr 1962 setzte sich in den Industrieländern der westlichen Welt das wirtschaftliche Wachstum fort; es schwächte sich jedoch wegen der konjunkturellen Verlangsamung in den Vereinigten Staaten leicht ab. Der Welthandel nahm weiter zu, wobei erstmals seit mehr als Jahresfrist auch die Exporte der Nicht-Industrieländer kräftiger anstiegen. Gegenüber einem verstärkten Preisauftrieb in den Industrieländern mit Ausnahme der Vereinigten Staaten waren die Preisbewegungen an den Weltrohstoffmärkten begrenzt. Durch eine engere Zusammenarbeit der währungspolitischen Instanzen wurden akute Störungen im internationalen Zahlungsverkehr weitgehend vermieden; jedoch ist es nicht gelungen, die tieferen Ursachen der Zahlungsbilanzungleichgewichte zu beseitigen.

Nachlassende Auftriebskräfte in den USA

Die Wirtschaft der Vereinigten Staaten steht um die Jahresmitte 1962 in einer neuen Bewährungsprobe. Die Auseinandersetzungen um die amerikanische Wirtschaftspolitik haben in den Vereinigten Staaten selbst, aber auch im Ausland, zu einer nachhaltigen Beunruhigung geführt, die nicht zuletzt an den Wertpapierbörsen des In- und Auslandes in Erscheinung trat. Die hierdurch ins Spiel gebrachten psychologischen Momente haben, mehr als die tatsächliche Entwicklung rechtfertigen dürfte, Konsumenten und Investoren zu einer Zurückhaltung in ihrer Ausgabenbeurteilung veranlaßt.

Das Bruttosozialprodukt hat im zweiten Quartal dieses Jahres weiter und im Vergleich zu der allerdings geringen Zunahme im ersten Quartal sogar leicht beschleunigt zugenommen. Träger des wirtschaftlichen Wachstums waren eine zunächst steigende Nachfrage der Verbraucher nach dauerhaften Gütern und erhöhte Ausgaben für den Wohnungsbau. Jedoch ist in den letzten Wochen die Fortschrittsrate erneut gesunken. Es liegt nahe, den Rückgang im Einzelhandelsumsatz als Auswirkung der Kursstürze an den Börsen zu deuten, da noch bis in die jüngste Zeit hinein die Arbeitnehmerinkommen, zum Teil aus zunehmender Beschäftigung, zum Teil aus höheren Bruttostundenlöhnen, gestiegen sind.

Die Investitionsaufwendungen der Wirtschaft für Anlagezwecke waren im Verlauf des ersten Halbjahres enttäuschend. Dies hängt einmal damit zusammen, daß noch beachtliche Kapazitätsreserven vorhanden sind, die sich zum Teil sogar, wie bei der Stahlindustrie, noch vergrößert haben; die geringe Investitionsneigung muß vor allem aber im Zusammenhang mit der unbefriedigenden Gewinnentwicklung und den pessimistischen Gewinn- und Absatzerwartungen der Wirtschaft gesehen werden. Hinzu kommt, daß auch die Ungewißheit über die Gewährung von Abschreibungserleichterungen und anderen Investitionsanreizen hemmend auf die Vornahme von Investitionen gewirkt haben dürfte. Da die Auftragseingänge bei den Industrien für dauerhafte Güter in den letzten Monaten hinter dem Absatz zurückgeblieben sind, hat sich der Auftragsbestand in diesen Bereichen vermindert.

Ausgesprochen günstig dagegen ist die Entwicklung im Bereich des Wohnungsbaues. Die Zahl der Wohnbaubeginne übertraf im Mai den vergleichbaren Vorjahrsstand um annähernd 25 vH, den Tiefstand zu Beginn des Jahres um etwa 40 vH (saisonbereinigt); die Aufwärtsbewegung scheint noch anzuhalten. Der Wohnungsbau bildet somit zum gegenwärtigen Zeitpunkt eine starke konjunkturelle Stütze.

Die vorsichtigen Lagerdispositionen der Wirtschaft haben in den letzten Monaten kontraktiv gewirkt. Angesichts einer gewachsenen Endnachfrage hat dies bei der verarbeitenden Industrie selbst, aber auch beim Einzelhandel zu einer Verminderung der Lagerbestände gemessen am Umsatz geführt; bei weiter steigender Endnachfrage sind daher in absehbarer Zeit Anregungen für die Wirtschaftstätigkeit aus der Anpassung der Lager an die Umsatzentwicklung wahrscheinlich.

Auch von der öffentlichen Hand sind in jüngster Zeit noch expansive Einflüsse ausgegangen. Nach den bisher vorliegenden Daten scheint die amerikanische Bundesregierung allerdings weniger als im Haushaltsvoranschlag vorgesehen, verausgabt zu haben, aber auch die Einnahmen blieben hinter den Vorschätzungen zurück. Die Kassendefizite der öffentlichen Hand haben weiterhin zu einer Erhöhung der Liquidität in der Wirtschaft beigetragen. Für das neue Fiskaljahr, das am 1. Juli 1962 begonnen hat, ist bis jetzt mit einer stärkeren Anhebung der öffentlichen Ausgaben für Güter und Dienste nicht zu rechnen.

Obwohl die Kosten- und Preisgestaltung der amerikanischen Wirtschaft im vergangenen Jahr und auch in der ersten Hälfte 1962 günstiger verlaufen ist als in wichtigen Konkurrenzländern der Vereinigten Staaten, ihre Wettbewerbsposition sich also verbessert hat, zeigen die amerikanischen Exporte nur eine geringe Zunahme. Da sich in der übrigen Welt das Expansions tempo kaum beschleunigen dürfte, wird die Auslandsnachfrage auch in den nächsten Monaten keinen größeren Beitrag zur Einkommensbildung in den Vereinigten Staaten leisten.

Der Mangel an expansiven Faktoren wiegt gegenwärtig um so schwerer, als die Arbeitslosigkeit noch immer hoch ist und weiterhin ein größerer Zugang an arbeitsfähigen Kräften zu verzeichnen sein wird. Die Tatsache, daß sich in den privaten Bereichen keine Auftriebskräfte zeigen, die auf längere Sicht ein ausreichendes wirtschaftliches Wachstum sichern könnten, hat die amerikanische Regierung veranlaßt, die steuerlich zulässigen Abschreibungsfristen zu kürzen, um die Investitionstätigkeit anzuregen. Weitere steuerliche Erleichterungen für die Wirtschaft sind in Aussicht gestellt worden.

Es steht wohl außer Frage, daß zum gegenwärtigen Zeitpunkt eine mit steuerlichen Mitteln bewirkte Anregung der Investition allein nicht ausreicht, die amerikanische Wirtschaft aus der Unterbeschäftigung herauszuführen. Zur besseren Auslastung des wachsenden Produktionspotentials bedarf es vielmehr auch einer Stärkung der Konsumentenkaufkraft im Wege einer Senkung der Einkommensteuern. Im Interesse einer stetigen Entwicklung ist zu hoffen, daß die steuerliche Entlastung der Konsumenten, die offensichtlich im

Rahmen einer allgemeinen Steuerreform vorgesehen ist, nicht zu lange hinausgezögert wird.

Keine einschneidende Änderung der konjunkturellen Tendenz in Westeuropa

In Westeuropa hat sich das Wirtschaftswachstum im ersten Halbjahr 1962 unvermindert fortgesetzt. Die industrielle Produktion dürfte in diesem Zeitraum mit einer Jahresrate von rund 5 vH angewachsen sein. Jedoch ist die Entwicklung von Land zu Land nach wie vor sehr differenziert, wobei sich deren Positionen im konjunkturellen Gesamtbild erheblich verschoben haben. Während das Wachstum der Industrieproduktion in Frankreich kaum vermindert anhielt und sich in den Niederlanden nach der Abschwächung im zweiten Halbjahr 1961 wieder beschleunigte, scheint die bisher außerordentlich stetige und kräftige Expansion in Italien merklich nachgelassen zu haben. In den skandinavischen Ländern ist das Wachstum der Industrieerzeugung offenbar ganz zum Stillstand gekommen. In Großbritannien — wo die konjunkturelle Entwicklung schon seit Jahren einen anderen Verlauf nimmt als in Kontinentaleuropa — scheint in letzter Zeit die wirtschaftliche Aktivität wieder leicht zugenommen zu haben. Eine eindeutige konjunkturelle Tendenzänderung ist hier allerdings noch kaum abzusehen, zumal den zuversichtlichen Nachrichten aus dem Bereich des privaten Verbrauchs recht pessimistische Erwartungen in bezug auf die Entwicklung der privaten Anlageinvestitionen gegenüberstehen.

Es ist nicht ganz leicht, für die heterogene Entwicklung in den einzelnen Ländern — sowie auch innerhalb der Länder — einen gemeinsamen Nenner zu finden; indes ist auf Grund der kräftigen Zunahme der Masseneinkommen in fast allen Volkswirtschaften der private Verbrauch der entscheidende Expansionsfaktor. Auch die Nachfrage der öffentlichen Hand gehörte fast überall zu den expansiven Faktoren. Dagegen war die Unternehmensnachfrage in den meisten Ländern durch Zurückhaltung gekennzeichnet. So hat sich die Zunahme der Anlageinvestitionen insgesamt weiter abgeschwächt, wenn auch der zeitweise ausgesprochen kontraktive Einfluß der Lagerdispositionen nicht mehr zu beobachten war.

Vom Handel mit der übrigen Welt gingen auf die Wirtschaft Westeuropas keinerlei expansive Wirkungen aus. Die Ausfuhr in die außereuropäischen Länder stagnierte, allein der innereuropäische Handel nahm weiterhin kräftig zu. Auf der anderen Seite hat sich die Einfuhr aus der übrigen Welt seit der Jahreswende wieder belebt. Neben dem allgemeinen Verbrauchsanstieg trug zu dieser Entwicklung der erhöhte westeuropäische Zerschußbedarf an Nahrungsmitteln auf Grund der geringen vorjährigen Ernte bei.

Aus der Scherenbewegung zwischen steigender Einfuhr und stagnierender Ausfuhr ergab sich im ersten Halbjahr 1962 ein vergrößerter Einfuhrüberschuß Westeuropas im Warenaustausch mit der übrigen Welt. Von dieser Verschlechterung der westeuropäischen Handelsbilanz profitierten vor allem die Rohstoffländer. Diese Handelsbilanzentwicklung trug zusammen mit Kapitalabflüssen dazu bei, daß sich die Währungsreserven

der westeuropäischen Länder insgesamt erstmals seit Jahren nicht mehr erhöht haben. Von der Zahlungsbilanzentwicklung Westeuropas dürften somit in jüngster Zeit kaum noch störende Einflüsse auf die internationalen Wirtschaftsbeziehungen ausgegangen sein.

In den meisten westeuropäischen Ländern hat sich der Preisauftrieb im ersten Halbjahr 1962 beschleunigt. Dies gilt vor allem für die Konsumentenpreise, die gegenüber dem Vorjahr in fast allen Ländern um rund 5 vH gestiegen sind. Der verstärkte Anstieg der Lebenshaltungskosten war in erster Linie auf die Verteuerung der Nahrungsmittel als Folge der ungünstigen Witterungsbedingungen in diesem Frühjahr zurückzuführen. Außerdem setzte sich der Preisauftrieb bei den Industrieerzeugnissen fort, dies vor allem wegen einer allgemein zu beobachtenden Diskrepanz zwischen der Produktivitäts- und Lohnentwicklung. Das schon seit einem Jahr verminderte Produktionswachstum in Westeuropa hatte nämlich bei anhaltend hoher Beschäftigung auch eine Verringerung der Produktivitätsfortschritte zur Folge; diese reichten nicht aus, um die nach wie vor starken Lohnerhöhungen zu kompensieren. Den Unternehmen war es in der Regel nicht möglich, ihre Kostenerhöhungen voll auf die Abnehmer zu überwälzen, vor allem weil auf vielen Märkten — durch Integrationsfortschritte begünstigt — die Intensivierung des internationalen Wettbewerbs in der Phase verlangsamten Wachstums den Preissteigerungen für industrielle Produkte Grenzen setzte.

Soweit die Diskrepanz zwischen der Lohn- und der Produktivitätssteigerung in den einzelnen Ländern unterschiedlich war, kam es zu entsprechenden Verschiebungen in der internationalen Konkurrenzfähigkeit in bezug auf die Kostengestaltung. Vor allem hat sich die Situation der Bundesrepublik verschlechtert, die in Westeuropa den stärksten Lohnauftrieb aufwies, im Hinblick auf die Produktivitätsentwicklung aber zumindest von ihren wichtigsten Konkurrenten im Gemeinsamen Markt, Italien und Frankreich, übertroffen worden sein dürfte. Andererseits führte in Großbritannien die Drosselung des Lohnauftriebs bisher keineswegs im erhofften Maße zu einer Steigerung der Wettbewerbsfähigkeit, da die Arbeitsproduktivität als Folge der konjunkturellen Abschwächung zunächst zurückging und in jüngster Zeit erst wenig angestiegen ist.

Im zweiten Halbjahr 1962 ist kaum mit einer wesentlichen Änderung in der Konstellation der wichtigsten Nachfragefaktoren zu rechnen. Die Hauptstützen der konjunkturellen Expansion werden weiterhin der private Verbrauch und die Nachfrage der öffentlichen Hand bleiben, wenn auch die Verbrauchernachfrage wahrscheinlich nicht mehr ganz so stark wie bisher zunehmen wird.

Die private Investitionsneigung dürfte sich eher noch verringern; auf jeden Fall sind von dieser Seite kaum expansive Impulse zu erwarten. Unter diesen Umständen könnte sich das Wachstum der privaten Anlageinvestitionen vorerst noch verlangsamen. Auch von den Lagerbewegungen werden ausschlaggebende Anregungen auf die Gesamtnachfrage nicht ausgehen. Angesichts der

konjunkturellen Entwicklung in den außereuropäischen Ländern, insbesondere in den Vereinigten Staaten, bestehen kaum Aussichten auf eine Belebung der überseeischen Nachfrage nach westeuropäischen Erzeugnissen.

Im zweiten Halbjahr 1962 wird sich aller Voraussicht nach das wirtschaftliche Wachstum Westeuropas im Vergleich zum ersten Halbjahr bestenfalls im bisherigen Tempo fortsetzen.

Mäßige Expansion des Welthandels

Der Welthandel hat sich 1961 unter dem Einfluß der konjunkturellen Dämpfung in Westeuropa, deren Auswirkungen durch den erneuten Aufschwung in den USA nicht kompensiert worden sind, merklich langsamer ausgedehnt als 1960. Die Umsätze nahmen nur noch um etwa 4 vH zu gegenüber einer Steigerung von fast 12 vH 1960. Die Ausfuhr der Entwicklungsländer ist dabei weit stärker als die der Industrieländer betroffen worden; sie stieg kaum noch. Die Entwicklungsländer paßten ihre Einfuhr der Tendenz ihrer Ausfuhr sehr schnell an. So wurde zwar eine Verschlechterung der Handelsbilanz dieser Ländergruppe vermieden, aber die Verminderung ihrer Exporterlöse wirkte in vollem Umfang dämpfend auf den Absatz der Industrieländer zurück.

In den ersten Monaten dieses Jahres nahm der Welthandel weiter leicht zu. Dabei stieg nicht nur der Austausch der Industrieländer untereinander, sondern auch ihre Einfuhr aus den Agrarländern, und zwar auf Grund höheren Zuschußbedarfs an Nahrungsmitteln, der sich aus der schlechten Ernte im Vorjahr ergab. Die Rohstoffbezüge dürften dagegen kaum zugenommen haben, da teilweise noch Lagerbestände abgebaut wurden.

Die Handelsbilanz der Rohstoffländer hat sich offensichtlich in den ersten Monaten dieses Jahres verbessert. Wenn ihre Devisenreserven dennoch abgenommen haben, läßt das auf eine zeitweilige Abnahme ihrer Nettokapitaleinfuhr schließen. Ihre Importkapazität hat sich also in diesem Jahr bisher eher verringert. Soweit sie vom Export bestimmt wird, sind die Aussichten auf eine Verbesserung im zweiten Halbjahr 1962 fraglich. Zwar könnten von der Entwicklung der Rohstofflager in Westeuropa Anregungen auf den Export der Rohstoffländer ausgehen, dagegen sind die Absatzchancen in den USA angesichts der labilen Konjunkturlage ungewiß. Darüber hinaus ist bei einem normalen Ernteausfall in Westeuropa mit einem verminderten Zuschußbedarf zu rechnen.

Überdurchschnittlich nahm bis in die jüngste Zeit der Außenhandel der EWG-Länder zu. Ihr Anteil an der Weltausfuhr, der schon von 1954 bis 1958 von reichlich 20 vH auf 24 vH gestiegen war, hat sich bis 1961 weiter auf über 27 vH erhöht. Seit 1958 ist dabei der Handelsaustausch der EWG-Länder untereinander etwa zweieinhalbmal so stark gewachsen wie ihr Austausch mit Drittländern. Das ist nicht allein durch den fortschreitenden Abbau der Handelsschranken innerhalb der EWG bedingt, sondern auch durch das überdurchschnittlich starke Wirtschaftswachstum in den EWG-Ländern.

Im Austausch der EWG mit Drittländern war die Entwicklung sehr unterschiedlich. Im Verkehr mit Rohstoffländern wurde die Vergrößerung der

Handelsumsätze durch die relativ langsame Zunahme des Rohstoffbedarfs begrenzt, wobei sich zusätzlich die sinkende Preistendenz auf den Weltwarenmärkten auswirkte. Hinzu kam der politisch bedingte Absatzrückgang in den früheren überseeischen Besitzungen Frankreichs und Belgiens. Weit stärker erhöhte sich der Austausch mit industrialisierten Drittländern. Diese Zunahme war allerdings nicht so stark wie im Binnenhandel der EWG. Soweit dazu neben Wachstumsunterschieden Integrationsmaßnahmen beitrugen, werden dem künftig sowohl die vor allem von den USA angestrebten weltweiten Zolssenkungen wie auch die Einbeziehung weiterer Länder in die EWG entgegenwirken.

Rohstoffpreise trotz zunehmender Nachfrage wenig verändert

Obwohl die Entwicklung der Industrieproduktion in den Vereinigten Staaten und in den westeuropäischen Ländern für einen zunehmenden Rohstoffverbrauch und eine stärkere Nachfragebelegung auf den internationalen Rohstoffmärkten sprach, wurden die Hoffnungen der Rohstoffländer auf einen Preisanstieg der Industrierohstoffe im ersten Halbjahr 1962 allgemein enttäuscht. Nachdem sich das Preisniveau zu Beginn des Jahres 1962 geringfügig erhöht hatte, setzte in den Monaten Februar/März infolge der zurückhaltenden Dispositionen auf der Nachfrageseite ein erneuter Preisrückgang ein, von dem in erster Linie wichtige Investitionsgüterrohstoffe (einzelne NE-Metalle, Kautschuk, Stahlschrott) sowie die Energiestoffe in Mitleidenschaft gezogen wurden. Angesichts der erwarteten Vorratsliquidationen der Vereinigten Staaten (u. a. Zinn und Kautschuk) und der zurückhaltenden Beurteilung des künftigen Rohstoffbedarfs der Industrieländer zog es der Rohstoffhandel — bzw. die Rohstoffverarbeiter — verschiedentlich vor, die Lagerbestände weiter zu verringern. Das gilt sowohl für einzelne NE-Metalle und Stahl als auch für Textilrohstoffe. Es kam hinzu, daß auch die Nachfrage des Ostblocks zeitweilig nicht den Erwartungen entsprach.

Für die künftige Entwicklung auf den Märkten für Industrierohstoffe bilden die zu erwartenden Freigaben aus den strategischen Vorräten der Vereinigten Staaten ein erhebliches Unsicherheitsmoment. Andererseits deuten der bisherige Vorratsabbau, der sich nicht mehr lange im gleichen Ausmaß fortsetzen lassen dürfte, und die beabsichtigten Produktionsrestriktionen, wie bei Blei und Zink, auf eine Stärke der Anbieterposition hin. Angesichts der unverändert hohen Angebotselastizität bei der Mehrzahl der Industrierohstoffe ist dennoch der Spielraum für Preisbewegungen nach oben relativ gering und es spricht vieles dafür, daß sich das durchschnittliche Preisniveau der Industrierohstoffe — bei vielleicht größerer Schwankungsbreite einzelner Notierungen — vorerst wenig verändern wird.

Die Märkte für Ernährungsgüter pflanzlichen Ursprungs zeigten eine unterschiedliche Entwicklung: Während bei Getreide und Zucker geringere Ernten sowohl in wichtigen Exportländern als auch in den Zuschußgebieten vielfach zu Preiserhöhungen und zu einem Vorratsabbau führten,

nahm auf den Märkten der Fettrohstoffe das Angebot weiter zu und löste trotz anhaltendem Wachstum des Verbrauchs verschiedentlich Preisenkungen aus. Für 1962 werden geringere Ernten in wichtigen Exportländern (USA, Kuba) und voraussichtlich nur mittlere Ernten in Europa erwartet.

Steigende Masseneinkommen in Westeuropa und USA haben den Fleischverbrauch weiter kräftig wachsen lassen. Der erhöhten Nachfrage entsprach jedoch in den Hauptüberschuß- wie in den Zuschußländern eine gleichfalls meist kräftige Produktionsausweitung.

Insgesamt dürfte sich die Lage auf den Weltmärkten der Nahrungsgüter im zweiten Halbjahr 1962 nicht grundlegend ändern. Auf Grund der bisher bekannten Ernteerwartungen und der zum Teil politisch bedingten Einengung der freien Weltmärkte kann bei Weizen und Zucker mit einer etwas festeren Preistendenz gerechnet werden. Die Preise der Ölsaaten und pflanzlichen Öle dürften dagegen eher zur Schwäche neigen; auf den Märkten tierischer Erzeugnisse ist mit durchschnittlich etwa gleichbleibenden Preisen zu rechnen.

Die Bildung des Gemeinsamen Agrarmarktes innerhalb der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft wird nicht ohne Einfluß auf die Weltagrarmärkte bleiben, zumal die jetzt bereits vorliegenden Übergangsbestimmungen auf ein durchschnittliches Preisniveau hinzielen, das vor allem in den Gebieten mit noch großen Produktionsreserven (Frankreich) stimulierend auf die Produktion wirken wird. Hinzu kommt, daß durch Präferenzen der Austausch von Agrarerzeugnissen innerhalb der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft stark gefördert wird. Beide Maßnahmen zusammen dürften zu einer weiteren Zunahme des jetzt schon verhältnismäßig hohen Selbstversorgungsgrades dieses Raumes führen. Auch die Agrarpolitik Großbritanniens verfolgt seit einigen Jahren das Ziel, die Produktion an Nahrungsmitteln tierischen Ursprungs zu fördern und den Einfuhrbedarf zu verringern. Eine auf Grund des Bevölkerungswachstums und steigender Masseneinkommen zu erwartende weitere Zunahme des Nahrungsmittelverbrauchs in Westeuropa dürfte deshalb in erster Linie der Produktion dieses Raumes selbst zugutekommen.

Ausblick

Die Veränderungen im wirtschaftlichen Wachstum der einzelnen Länder haben im Verein mit nationalen und internationalen währungspolitischen Maßnahmen in letzter Zeit zu einer gewissen Entspannung der internationalen Zahlungsbilanzsituation geführt. Die Goldabflüsse aus den USA haben aufgehört, die britische Leistungsbilanz dürfte in letzter Zeit nennenswerte Überschüsse erbracht haben, die hohen Zahlungsbilanzüberschüsse der Bundesrepublik Deutschland gehören der Vergangenheit an. Hieraus könnte der Eindruck entstehen, als sei das internationale Zahlungsbilanzproblem nunmehr einer Lösung erheblich näher gerückt. Dies ist jedoch nicht der Fall. Sowohl die amerikanische als auch die britische Zahlungsbilanzsituation haben bisher nur wenig von ihrer Problematik verloren, war ihre Ent-

spannung doch mit einem erheblichen Zurückbleiben des wirtschaftlichen Wachstums hinter den vorhandenen Möglichkeiten verbunden. Auch die weitere Erzielung von Zahlungsbilanzüberschüssen in einigen kontinentaleuropäischen Ländern ist im Interesse eines gleichmäßigen und spannungsfreien Welthandelswachstums durchaus unerwünscht. Schließlich dürfte auch die Exportentwicklung der überseeischen Rohstoffländer deren Zahlungsbilanzprobleme in absehbarer Zeit nicht lösen.

Wenn auch das amerikanische Zahlungsbilanzdefizit in diesem Jahr weiter zurückgegangen ist, so stand dies doch im Zusammenhang mit der geringen Steigerung der Einfuhr. Auch wurde die amerikanische Zahlungsbilanz durch die Repatriierung amerikanischen Kapitals aus Kanada entlastet. Für die nächste Zeit wird weiterhin mit einem Defizit gerechnet, das zu erneuten Dollargutschriften zugunsten des Auslands und zu weiteren Goldabflüssen führen wird. Für eine den Zahlungsbilanzanforderungen entsprechende rasche Erhöhung der amerikanischen Leistungsbilanzüberschüsse fehlt es gegenwärtig an den notwendigen Voraussetzungen. Die Hoffnungen auf eine kräftige Steigerung des amerikanischen Exports haben sich bisher nicht erfüllt. Die vorgesehenen und zum Teil bereits eingeleiteten Maßnahmen können erst auf längere Sicht zu einer günstigeren Leistungsbilanzsituation führen. Sofern sich die bisherige Besserung der amerikanischen Zahlungsbilanz nicht weiter fortsetzt, besteht unter diesen Umständen noch immer die Gefahr, daß die wirtschaftspolitischen Instanzen Zuflucht zu der unmittelbar wirkenden Reduzierung ihrer wirtschaftlichen und militärischen Hilfsprogramme für das Ausland und vielleicht auch des Kapitalexports nehmen.

Die Verbesserung der britischen Zahlungsbilanzsituation in den letzten Monaten war einer Steigerung der Einnahmen im Dienstleistungsbereich zu verdanken. Sie reichte jedoch nicht aus, um der britischen Wirtschaft einen größeren Spielraum für die Einfuhr zu verschaffen, der für ein stärkeres Wachstum der britischen Wirtschaft unbedingt notwendig wäre.

Es kann für die westliche Welt nicht gleichgültig sein, daß die Zahlungsbilanzsituation so bedeutender Industrieländer nach wie vor prekär ist und daß sie ihre gegenwärtige Entspannung einer mangelhaften Ausschöpfung des vorhandenen Expansionspielraums verdankt. Es kann auch nicht hingenommen werden, daß sich die den Entwicklungsländern zufließenden Kapitalströme weniger an Leistungsvermögen der großen Volkswirtschaften, sondern mehr an ihrer jeweiligen Zahlungsbilanzsituation orientieren.

Während eine Reihe von kontinentaleuropäischen Ländern in den letzten Jahren ohne Wachstumsverzicht und ohne Beeinträchtigung der internationalen Arbeitsteilung eine ausgeglichene außenwirtschaftliche Entwicklung herbeiführen konnte, waren den USA und Großbritannien in dieser Hinsicht bisher nur Teilerfolge beschieden. Immerhin haben die USA durch weitgehende Stabilhaltung des Preisniveaus inzwischen gegenüber den übrigen Industrieländern eine nicht unerhebliche Veränderung der Preisrelation zu ihren

Gunsten erreicht. In Großbritannien hingegen hat man trotz Wachstumsverzicht, Lohnpause und anderen Maßnahmen den Preisaufrtrieb nicht aufhalten können. Zwar muß offenbar in den anderen europäischen Industrieländern mit weiteren Preissteigerungen gerechnet werden, ob sich aber Großbritannien künftig diesen Preistendenzen so weit wird entziehen können, daß sich daraus eine nachhaltige und ausreichende Stärkung der britischen Konkurrenzsituation auf dem Weltmarkt ergeben wird, ist zweifelhaft. Es ist darum zu befürchten, daß sich die konjunkturpolitischen Instanzen in Großbritannien wegen der ungünstigen Austauschrelationen vorerst mit einem sehr bescheidenen wirtschaftlichen Wachstum zufrieden geben werden.

Die derzeitige Dämpfung des wirtschaftlichen Wachstums in einigen wichtigen Industrieländern der westlichen Welt muß sich zwangsläufig nachteilig auch auf die Wirtschaftsentwicklung in den anderen Ländern auswirken. Eine volle Nutzung der Vorteile der internationalen Arbeitsteilung wird dadurch auf jeden Fall erschwert, worunter fraglos die schwächeren Welthandelspartner besonders zu leiden haben. Die Gefahr, daß sich aus der gegenwärtigen weltkonjunkturellen Situation und internationalen Zahlungsbilanzgestaltung weitere Wachstumsverluste und erneut stärkere außenwirtschaftliche Ungleichgewichte ergeben, kann nicht von der Hand gewiesen werden. Unter diesen Umständen kommt es für die weitere wirtschaftliche Entwicklung der westlichen Welt entscheidend darauf an, welche wirtschaftspolitischen Maßnahmen die amerikanische Regierung in nächster Zeit treffen wird und ob die hoffnungsvollen Ansätze zu einer Intensivierung der wirtschaftlichen Zusammenarbeit, Großbritannien eine stärkere wirtschaftliche Expansion ohne Beeinträchtigung des außerwirtschaftlichen Gleichgewichts ermöglichen werden.

Die Lage der westdeutschen Wirtschaft

Wie an der Jahreswende 1961/62 von den Instituten übereinstimmend angenommen wurde, hat das Abklingen des vorangegangenen Booms in der Bundesrepublik nicht zu einer rezessiven Entwicklung, d. h. zu einem absoluten Rückgang der gesamtwirtschaftlichen Produktion, oder gar zu Unterbeschäftigung geführt. Produktion und Einkommen sind vielmehr auch in der ersten Hälfte des Jahres 1962 gestiegen. Hätte nicht die ungewöhnlich kalte Witterung in den Winter- und Frühjahrsmonaten die Produktion in der Bauwirtschaft und in den ihr vorgelagerten Industrien beeinträchtigt, so wäre das reale Sozialprodukt nahezu im gleichen Tempo gewachsen wie im zweiten Halbjahr 1961.

Die wirtschaftlichen Auftriebskräfte, die sich im Wachstum der Gesamtnachfrage niederschlagen, trafen aber auf verringerte Ausweitungsmöglichkeiten des Güterangebots, so daß es bisher zu keiner durchgreifenden konjunkturellen Entspannung gekommen ist. Die Preissteigerungen hielten infolgedessen auf den meisten Märkten an, ja sie haben sich im Vergleich zur zweiten Hälfte des Jahres 1961 noch beschleunigt. Zu der Verteuerung der Lebenshaltung haben allerdings auch

erntebedingte Verknappungen auf den Nahrungsmittelmärkten beigetragen.

Die Knappheit an Arbeitskräften nahm weiter zu. Dazu kommt, daß sich die Arbeitszeit erneut verkürzt hat, im wesentlichen durch Tarifvereinbarungen und infolge der ungünstigen Witterung. Die Produktivitätssteigerungen blieben wie bisher erheblich hinter den Lohnerhöhungen zurück, deren Tempo sich etwas vermindert hat.

Trotz des beschleunigten Anstiegs der Preise sind die Gewinne weiterhin nur wenig gestiegen. Die Investitionsausgaben der Wirtschaft expandieren noch immer kräftig. Das war, obwohl sich die Wachstumsraten verringert haben, vor allem bei den Ausgaben für Ausrüstungsinvestitionen der Fall; wie der konjunkturelle Anstieg der Auftragseingänge in den Investitionsgüterindustrien ist dies ein deutliches Zeichen für den ungebrochenen Willen zur Rationalisierung und Ausweitung der Produktionsanlagen.

Besonders rasch haben im ersten Halbjahr 1962 die laufenden Ausgaben der öffentlichen Hand für Güter und Dienstleistungen zugenommen.

Keine expansiven Wirkungen auf die Gesamtnachfrage sind dagegen von der Außenwirtschaft ausgegangen. Die Ausfuhr ist konjunkturell neuerdings zwar wieder etwas gestiegen; demgegenüber nahmen aber die Einfuhren beschleunigt zu. Vor allem die rasch wachsenden Einfuhren an Fertigwaren haben die Spannungen auf manchen Märkten gemindert, dem Anstieg der Preise im Innern aber nicht entscheidend entgegenwirken können. Der Überschuß im Güter- und Dienstleistungsverkehr mit dem Ausland hat sich konjunkturell weiter verringert, wenn auch nicht mehr so rasch wie im Verlauf des vergangenen Jahres.

Von dieser Seite ergab sich daher für die Wirtschaft und für die Banken eine wesentliche Einengung des Liquiditätsspielraumes. Auf der anderen Seite hat der Mittelentzug durch die Kassentransaktionen der öffentlichen Hand abgenommen, jedoch bei weitem nicht so stark, daß dadurch die Verringerung im Mittelzufluß ausgeglichen worden wäre. Der Zinssatz auf dem Kapitalmarkt ist infolgedessen gestiegen. Die Bundesbank verzichtet neuerdings darauf, den Liquiditätsentzügen entgegen zu wirken.

Weiter rege Investitionstätigkeit

Die wirtschaftliche Entwicklung wird nach wie vor durch kräftig steigende Investitionsausgaben gekennzeichnet; sie waren im ersten Halbjahr 1962 um gut ein Zehntel höher als im Vorjahr. Allerdings war das reale Wachstum der Anlageinvestitionen nicht einmal halb so groß. Die Preise für Ausrüstungsgüter sind im ersten Halbjahr 1962 beschleunigt gestiegen; die Preise für Bauinvestitionen haben ihren starken Anstieg fortgesetzt.

Die Witterungsverhältnisse zwangen zu einer ungewöhnlich starken Einschränkung der Bautätigkeit, so daß hier die reale Produktionsleistung in der ersten Hälfte dieses Jahres das Vorjahrsergebnis nur geringfügig übertraf. Obwohl es der Bauwirtschaft zur Zeit besser gelingt, neue Arbeitskräfte an sich zu ziehen, reicht das Angebotspotential noch immer bei weitem nicht

aus, die Nachfrage zu befriedigen. Bestimmend für diese Entwicklung ist die bisher ungeschwächte Investitionsbereitschaft der öffentlichen Hand, der Dienstleistungsbereiche, vor allem aber im Wohnungsbau.

Die zur Bekämpfung des Preisauftriebs auf dem Baumarkt ergriffenen administrativen Maßnahmen — das befristete Genehmigungsverbot für bestimmte Hochbauten und die Kürzung der für Bauausgaben des Bundes bereitgestellten Mittel — können, selbst wenn sie zu einer Verminderung und nicht lediglich zu einer Umverteilung der Nachfrage führen sollten, nur vorübergehend Einfluß auf die Baupreise gewinnen. Wenn nicht das Angebotspotential der Bauwirtschaft entsprechend wächst, wird nach der Aufhebung dieser Maßnahmen die gestaute Nachfrage zu erneuten, vielleicht sogar stärkeren Preissteigerungen als bisher führen.

Die Ausgaben für Ausrüstungsinvestitionen wurden im ersten Halbjahr 1962 weiter beträchtlich erhöht, wenn sich die Zuwachsrate auch abermals verringerte. Die vorjährige Abschwächung in der Auftragserteilung der Investoren hatte auf die Entwicklung der Investitionstätigkeit wegen der hohen Auftragsbestände bei den Investitionsgüterproduzenten nur begrenzten Einfluß. In den letzten Monaten ist der Auftragseingang aus dem Inland bei den Investitionsgüterindustrien wieder gestiegen.

Die Gründe für die nach wie vor hohe Investitionsbereitschaft sind vor allem in dem Bestreben der Unternehmungen zu suchen, dem Arbeitskräftemangel und dem stärker werdenden Konkurrenzdruck im In- und Ausland durch Rationalisierung zu begegnen. Hinzu kommt, daß im ersten Halbjahr von der Entwicklung der Kapazitätsauslastung keine nennenswerten Hemmungen auf die Investitionsneigung ausgingen, da die starke Kürzung der Arbeitszeit die einsetzbaren Produktionskapazitäten entsprechend reduzierte. Zwar nahmen die Gewinne nach wie vor nur langsam zu, so daß sich der Spielraum der Selbstfinanzierung weiter einengte; die Kraft der Investitionsmotive war jedoch stark genug, die Verschuldungsbereitschaft der Unternehmen zu erhöhen, zumal die Preise beschleunigt gestiegen sind.

Ähnliche Bedingungen werden auch im zweiten Halbjahr gegeben sein. Die Ausgaben für Ausrüstungsinvestitionen werden daher das Vorjahresniveau wiederum beträchtlich übersteigen. Das Ausmaß des Investitionswachstums wird von den Instituten allerdings unterschiedlich beurteilt.

Verlangsamter Rückgang des Leistungsbilanzüberschusses

Der seit Mitte 1961 zu beobachtende Rückgang des Leistungsbilanzüberschusses der Bundesrepublik (im Sinne der volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung) hat sich im ersten Halbjahr 1962 fortgesetzt. Dies ist auf die weitere Erhöhung des Defizits der Dienstleistungsbilanz, vor allem aber auf den erheblich gesunkenen Überschuß der Warenbilanz zurückzuführen, der sich durch den starken Anstieg der Wareneinfuhr ergeben hat. Für die anhaltende Passivierung der Dienstleistungsbilanz haben wie bisher sowohl die Steigerung der

Nettoausgaben im Reiseverkehr als auch erhöhte Kapitalertragszahlungen an das Ausland den Aus-schlag gegeben.

Bestimmend für den Anstieg der Wareneinfuhr waren vor allem die ungünstigen Ergebnisse der letzten Ernte, die eine starke Zunahme der Einfuhr von Ernährungsgütern erforderlich machten. Die Einfuhr von gewerblichen Fertigerzeugnissen hat ebenfalls kräftig zugenommen. Dagegen trugen die Rohstoff- und Halbwarenimporte bei weiterhin leicht sinkenden Preisen nicht zu der Ausweitung der Wareneinfuhr bei.

Die Exporte haben auch im ersten Halbjahr 1962 die Vorjahrsergebnisse überschritten; die saisonbereinigten Werte zeigen eine leichte Belebung gegenüber dem zweiten Halbjahr 1961. Die Durchschnittswerte der Gesamtausfuhr blieben weiterhin nahezu unverändert. In der Entwicklung der Ausfuhrdurchschnittswerte, in denen die Preisentwicklung der exportierten Waren annähernd zum Ausdruck kommt, bestanden jedoch nach wie vor erhebliche Unterschiede zwischen den verschiedenen Warengruppen. So hielt der Anstieg der Durchschnittswerte der Fertigwaren-Enderzeugnisse unvermindert an. Dagegen sind die Durchschnittswerte der ausgeführten Rohstoffe, Halbwaren und Fertigwaren-Vor-erzeugnisse (z. B. der Erzeugnisse der Eisen- und Stahlindustrie sowie der chemischen Industrie) weiter zurückgegangen.

Bei der Beurteilung der Ausfuhrentwicklung im zweiten Halbjahr 1962 ist von den im allgemeinen nach wie vor recht hohen Beständen an Exportaufträgen auszugehen. Zusammen mit der jüngsten Entwicklung des Auftragsengangs aus dem Ausland und der zu erwartenden konjunkturellen Entwicklung auf den wichtigsten Exportmärkten sprechen sie dafür, daß auch im weiteren Verlauf des Jahres 1962 mit keinem konjunkturellen Rückgang der Exporte zu rechnen ist.

Auf der Einfuhrseite werden die Fertigwarenimporte weiter wachsen. Ob die Vorräte an Rohstoffen und Halbwaren bei den industriellen Verbrauchern bereits soweit abgebaut sind, daß sich die Importeure zu erhöhten Einfuhren veranlaßt sehen, bleibt abzuwarten. Da die diesjährige Ernte voraussichtlich günstiger ausfallen wird als die vorjährige, wird die Einfuhr von Ernährungsgütern wahrscheinlich zurückgehen. Das Wachstum der gesamten Wareneinfuhr wird sich daher verlangsamen.

Das Defizit der Dienstleistungsbilanz dürfte sich weiter vergrößern. Unter diesen Umständen wird der Leistungsbilanzüberschuß sein Vorjahr-niveau wiederum unterschreiten, wegen der Entwicklung im Warenhandel jedoch nicht mehr so stark wie bisher.

Unverändert kräftiger Anstieg des privaten Verbrauchs

Die Verbrauchsausgaben der privaten Haushalte haben unvermindert zugenommen: Ihre Wachstumsrate betrug wie im ganzen Jahr 1961 etwa 10 vH. Da sich das Preisniveau im ersten Halbjahr 1962 beschleunigt erhöhte, gingen reale und nominale Entwicklung noch mehr als bisher auseinander.

Die verfügbaren Einkommen nahmen in der ersten Hälfte des Jahres vermutlich etwas langsamer zu als die Ausgaben der privaten Haushalte. Die Sparquote muß infolgedessen niedriger gewesen sein als im Vorjahr. Damals waren allerdings durch die Teilprivatisierung des Volkswagenwerkes besondere Sparanreize gegeben; deshalb kann aus dem Rückgang der Sparquote im ersten Halbjahr nicht auf ein Nachlassen der Sparneigung geschlossen werden.

Das Wachstum der verfügbaren Einkommen hat sich gegenüber dem zweiten Halbjahr 1961 etwas verlangsamt; sowohl die Arbeitnehmer-einkommen als auch die Einkünfte aus öffentlichen Übertragungen (Renten, Pensionen und andere Geldleistungen) erreichten nicht mehr ganz die hohen Zuwachsraten des vergangenen Jahres.

Bei der Beurteilung der künftigen Entwicklung des privaten Verbrauchs wird man davon auszugehen haben, daß das Arbeitsvolumen, ebenso wie schon im ersten Halbjahr 1962, nicht mehr wachsen wird. Zwar wird die Zahl der Beschäftigten noch weiter zunehmen, in mehr oder weniger gleichem Maße ist aber mit einer Einschränkung der Arbeitszeit zu rechnen. Die Entwicklung des Arbeitseinkommens wird also ausschließlich von der Steigerung der effektiven Lohn- und Gehalts-sätze bestimmt werden. Diese sind in letzter Zeit wohl kaum mehr rascher gestiegen als die tariflichen. Das Ausmaß der tariflichen Verdiensterhöhungen wird sich vermutlich etwas verringern. Auch bei den übertragenen Einkommen ist eher mit einem schwächeren Wachstum als bisher zu rechnen.

Insgesamt werden sich die verfügbaren Einkommen in der zweiten Hälfte von 1962 vermutlich etwas weniger stark erhöhen als bisher. Schwächt sich die Sparneigung der privaten Haushalte nicht ab, so wird auch der private Verbrauch langsamer wachsen.

Normale Ernten vorausgesetzt, kann man zwar ein Nachgeben der Preise für eine Reihe von Ernährungsgütern erwarten; dem steht jedoch gegenüber, daß mit der Einbeziehung bestimmter Agrarmärkte in die EWG und den damit verbundenen Änderungen in der Preisregulierung mit gewissen Preiserhöhungen gerechnet werden muß.

Weiterer Abbau der öffentlichen Kassenüberschüsse

Die Staatseinnahmen haben sich in der ersten Hälfte dieses Jahres in ihrem Wachstum verlangsamt; sie nahmen aber nach wie vor rascher zu als das Sozialprodukt. Die Zuwachsrate der Steuereinnahmen ging von 15 vH im Durchschnitt des vergangenen Jahres auf 11 vH zurück. Etwas rascher als bisher steigen — im Vorjahresvergleich — neuerdings die Einnahmen der Sozialversicherungsträger, da seit April wieder Beiträge zur Arbeitslosenversicherung erhoben werden.

Auch die öffentlichen Ausgaben erhöhten sich im ersten Halbjahr 1962 beträchtlich, wenn auch nicht ganz so stark wie in der zweiten Hälfte des Vorjahres. Dies gilt für die von der ungünstigen Witterung beeinflussten Investitionsausgaben des Staates, aber auch für die Ausgaben für den Staatsverbrauch und die Übertragungen des Staates (Sozialeinkommen, Wiedergutmachung

u. a.). Die Darlehensgewährung nahm dagegen beschleunigt zu. Unter diesen Umständen verminderten sich die — restriktiv wirkenden — Kassenüberschüsse nochmals.

Im weiteren Verlauf des Jahres dürften sowohl die Einnahmen als auch die Ausgaben des Staates in annähernd gleichem Tempo wie im ersten Halbjahr wachsen. Was die Entwicklung der Ausgaben betrifft, wird vorausgesetzt, daß — nach der Rentenanpassung — Verbesserungen im Bereich der Sozialleistungen nicht zustandekommen, die Übertragungen des Staates sich also verhältnismäßig wenig erhöhen werden. Demgegenüber werden die Ausgaben für den Staatsverbrauch wegen der rasch wachsenden Verteidigungsausgaben und der Tarifierhöhungen im öffentlichen Dienst beschleunigt zunehmen. Bei den Investitionsausgaben dürfte sich der Trend zu verstärktem Wachstum in der zweiten Jahreshälfte wieder durchsetzen; auch die Darlehensgewährung wird weiter steigen.

Für die Einkommensbildung und die Liquiditätssituation ist wichtig, daß sich der Abbau der inländischen Kassenüberschüsse weiter fortsetzen wird.

Erneuter Zinsanstieg

Die monetäre Situation ist dadurch gekennzeichnet, daß der Wirtschaft im ersten Halbjahr 1962 aus den Leistungsbilanzüberschüssen erheblich weniger Mittel zufflossen als im Vorjahr, auf der anderen Seite der Mittelentzug durch die öffentliche Hand nur geringfügig abnahm. Die Netto-Verschuldung der Unternehmen hat mithin stärker zugenommen als im Vorjahr.

Die Finanzierung von Investitionen mit Kapitalmarktmitteln hat sich in den letzten Monaten wieder verteuert. Der Kapitalmarktzins beträgt nun wie im letzten Herbst 6%. Die Zinssenkungstendenzen konnten sich nicht weiter durchsetzen, weil — bei nach wie vor hoher Nachfrage nach Kapitalmarktmitteln — die Kreditinstitute infolge der verschlechterten Liquiditätssituation im Verlaufe des ersten Halbjahres ihre Wertpapierkäufe verringerten. Die Liquiditätsreserven der Banken haben seit Februar abgenommen, da der Devisenzufluß aus der Wirtschaft nicht ausreichte, den Liquiditätsentzug durch die öffentliche Hand auszugleichen.

Die Bundesbank verzichtete in den letzten Monaten darauf, der Einengung des Liquiditätsspielraums entgegenzuwirken. Wie auch die mehrfache Erhöhung der Abgabesätze zeigt, ist sie bereit, einen leichten Zinsanstieg hinzunehmen; von der Zahlungsbilanzsituation her gesehen bestand für sie kein Anlaß, die Zinserhöhung zu verhindern.

Die volkswirtschaftlichen Währungsreserven sind in der letzten Zeit praktisch unverändert geblieben; die Gold- und Devisenbestände der Bundesbank sind seit Februar fast ununterbrochen gestiegen; gleichzeitig haben die Geschäftsbanken einen Teil ihrer kurzfristigen Auslandsanlagen zurückgerufen. Es ist nicht ausgeschlossen, daß die Währungsreserven in den kommenden Monaten etwas sinken werden. Die Leistungsbilanzüberschüsse und die unentgeltlichen Leistungen an das Ausland halten sich

gegenwärtig zwar die Waage; falls jedoch die unentgeltlichen Leistungen wie bisher wachsen sollten, würde sich sogar ein Defizit in den laufenden Posten der Zahlungsbilanz ergeben. Die öffentlichen Kapitalexporte werden möglicherweise zunehmen. Im Bereich der zinsabhängigen Kapitaltransaktionen mit dem Ausland, insbesondere beim Wertpapierverkehr, ist nicht mit höheren Zuflüssen zu rechnen.

Ausblick

Die an der Gemeinschaftsdiagnose beteiligten Institute haben die wichtigsten Daten der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung, die ihrer Analyse der gegenwärtigen Wirtschaftslage zugrunde liegen und die sich aus ihren Überlegungen über die Entwicklung in der zweiten Hälfte des Jahres 1962 ergeben, in Form von Wachstumsraten in einer Tabelle zusammengefaßt.

Die Ansichten der Institute über die künftige Entwicklung sind nicht einheitlich. Soweit sich die verschiedenen Meinungen in den Daten der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung niederschlagen, sind sie in der Tabelle durch Spannen in den Wachstumsraten zum Ausdruck gebracht worden.

Die wichtigsten Daten der volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung
Veränderungen gegenüber dem Vorjahr in vH

	1959	1960	1961		1962	
			1. Hj.	2. Hj.	1. Hj.	2. Hj.
Entstehung des Sozialprodukts (real)						
Beschäftigte Arbeitnehmer	2,0	3,2	2,5	2,5	2	1,5
Arbeitszeit ¹⁾	-1,0	-0,7	-0,5	-1,5	-2	-1,5
Arbeitsvolumen	1,0	2,5	2	1	0	0
Produktivität ²⁾	5,7	6,0	4,5	3	3	3-4
Bruttoinlandsprodukt . . .	6,8	8,6	6,5	4	3	3-4
Einkommensbildung (nominal)						
Bruttoeinkommen aus unselbständiger Arbeit . .	7,1	12,3	13,5	11,5	10	8-9
Nettolohn- u. Gehalts-somme	7,5	10,8	12	11	9,5	6,5-7,5
Bruttoeinkommen aus Unternehmertätigkeit u. Vermögen	10,2	13,2	5,5	4,5	4,5	4,5-6,5
Nettogewinne ³⁾	9,0	12,0	0,5	1,5	1,5	2-4,5
Verfügbares Einkommen der privaten Haushalte . .	7,4	9,4	11,5	10	9	6,5-7,5
Verwendung des Sozialprodukts (nominal)						
Privater Verbrauch	6,9	9,1	10	10	10	6-7
Staatsverbrauch	9,8	12,3	10	14	12	13
Ausrüstungsinvestitionen . .	8,9	17,8	19	13	10	7-9,5
Bauinvestitionen	18,4	14,8	15	13,5	11,5	13
Ausfuhr	11,9	14,9	8	2	3,5	4,5
abzügl. Einfuhr	14,9	17,4	7	7	11,5	6,5
Bruttosozialprodukt	8,5	12,0	11	9	8	7-8
Preisniveau						
Privater Verbrauch	1,1	1,8	2,0	2,8	3,7	3
Ausrüstungsinvestitionen . .	-0,9	1,7	3,5	3,0	4	3,5
Bauinvestitionen	5,2	7,4	6,0	8,5	9,5	6,5
<p><i>Anmerkung:</i> Für 1959 und 1960 nach den Angaben des Statistischen Bundesamtes. Die Zahlen für die beiden Halbjahre von 1961 und das erste Halbjahr 1962 sind das Ergebnis einer gemeinsamen Schätzung der beteiligten Institute. Die Zahlen für 1961 sind mit den veröffentlichten Jahresergebnissen des Statistischen Bundesamtes abgestimmt. In den Spannen für das zweite Halbjahr 1962 kommen die verschiedenen Auffassungen der Institute über die künftige Entwicklung zum Ausdruck. — Ab 1961 einschl. Saarland.</p> <p>1) Einschl. Veränderung der Zahl der Arbeitstage. — 2) Reales Brutto-Inlandsprodukt je Arbeitnehmerstunde. — 3) Ohne Erwerbseinkünfte des Staates.</p>						

Alle heute überschaubaren Daten sprechen dafür, daß auch im zweiten Halbjahr 1962 die Expansion der Gesamtnachfrage über die Steigerungsmöglichkeiten des Gesamtangebots an Waren und Dienstleistungen hinausgehen wird.

Der Kern der Schwierigkeiten liegt in der Arbeitsmarktsituation. Der Zugang an Arbeitskräften ist nicht höher zu veranschlagen als der Rückgang der Arbeitszeit, so daß über das reale Wachstum allein der Produktivitätsfortschritt entscheidet.

Die Produktivität wird wieder kräftiger steigen als in der ersten Jahreshälfte, vor allem weil die Investitionen gegenwärtig mehr als bisher auf Rationalisierungserfolge ausgerichtet sind und sich die Investitionspläne wegen der kürzeren Lieferfristen rascher verwirklichen lassen als vorher. Zusätzlich wird sich das Sozialprodukt erhöhen, wenn — wie zu erwarten — die Ernte besser ausfällt als im Vorjahr.

Die Knappheit an Arbeitskräften ist der stärkste Impuls für die Investitionen, deren Kapazitätseffekt offensichtlich nachläßt. So ist es zu erklären, daß die Investitionsbereitschaft der Wirtschaft nach dem außerordentlich starken Investitionsboom der vergangenen Jahre so hoch blieb, daß die gesamtwirtschaftliche Entwicklung weiterhin die typischen Züge einer Investitionskonjunktur trägt.

Die durch die Übernachfrage auf dem Arbeitsmarkt bedingten Lohn- und Gehaltssteigerungen haben auf dem Weg über die Investitionskonjunktur eine Verbrauchskonjunktur in Gang gebracht, die zunächst weiter anhalten wird.

Außerdem wird die Entwicklung der öffentlichen Finanzen nach wie vor zur Übernachfrage beitragen. Die Ausgaben des Staates werden ihr hohes Wachstumstempo beibehalten. Konjunkturpolitisch besonders bedenklich ist dabei, daß der Staat sich neuerdings aus kurzfristigen politischen Überlegungen veranlaßt sieht, Lohnerhöhungen unmittelbar zu subventionieren. Ihr besonderes konjunkturpolitisches Gewicht erhält die Entwicklung der öffentlichen Finanzen dadurch, daß sich das Wachstum der Steuereinnahmen verlangsamt.

Demgegenüber wird die außenwirtschaftliche Entwicklung zur Entlastung der Märkte im Innern beitragen, allerdings nicht mehr so stark wie im ersten Halbjahr. Die Auftragslage im Exportgeschäft und die Marktsituation im Ausland lassen zwar keinen Rückgang der Ausfuhr erwarten, aber im ganzen doch nur einen leichten Anstieg. Die Einfuhr wiederum wird das Angebot auf vielen Märkten rascher ausweiten, als es die einheimische Produktion allein vermöchte.

Alles in allem ist damit zu rechnen, daß der Preisanstieg im Innern nicht wesentlich nachlassen wird.

Da die Produktionsfaktoren weiterhin voll ausgelastet sein werden, von einer Gefährdung der Vollbeschäftigung keine Rede sein kann und sich in der Zahlungsbilanz das erwünschte Gleichgewicht einzuspielen scheint, liegt das Schwergewicht der wirtschaftspolitischen Überlegungen jetzt in der Frage, ob und gegebenenfalls wie den anhaltenden Preissteigerungen begegnet werden kann.

Möglichkeiten, in kurzer Zeit die Stabilität des Geldwertes wieder zu erreichen, sind heute nicht gegeben. Dies ist dem Versagen der politisch verantwortlichen Instanzen zuzuschreiben, die sich nicht zu einem Kurs entschließen konnten, der die seit Jahren herrschende Überbeanspruchung des Arbeitsmarktes rechtzeitig verhindert hätte. Auf die damit heraufbeschworenen Gefahren ist an dieser Stelle zur rechten Zeit hingewiesen worden (vgl. den Ausblick in den Gemeinschaftsdiagnosen vom Winter 1959/60 und vom Sommer 1960).

Die Wirtschaftspolitik wäre indes schlecht beraten, wenn sie heute versuchen wollte, die früheren Versäumnisse mit den üblichen Mitteln der Konjunkturpolitik wiedergutzumachen. Diese Mittel müßten mit einer solchen Schärfe angewendet werden, daß bei der gegenwärtigen konjunkturellen Konstellation die Gefahr eines Rückschlags nicht von der Hand zu weisen wäre.

Ist somit heute drastischen restriktiven Maßnahmen nicht das Wort zu reden, so sollte doch alles getan werden, um die Diskrepanz in der Entwicklung von Nachfrage und Angebot sich nicht noch weiter vergrößern zu lassen.

Im Mittelpunkt der Überlegungen hat daher die Frage zu stehen, welche Folgen sich in Zukunft ergeben können, wenn der Prozeß der Inflationierung anhält. Gewiß ist für die nächste Zukunft nicht zu erwarten, daß sich aus der Kostensteigerung über die Beeinträchtigung der Leistungsbilanz eine Gewinnsituation herausbildet, in der die Investitionsneigung so stark nachläßt, daß dadurch Wachstum und Beschäftigung gefährdet würden. Als eine Möglichkeit in der ferneren Zukunft ist eine solche Entwicklung aber grundsätzlich nicht auszuschließen.

Soll unsere Wirtschaftsordnung bei der chronischen Übernachfrage auf dem Arbeitsmarkt durch einen neuen Investitionsboom nicht ernstlich gefährdet werden, so sollte unverzüglich damit begonnen werden, die Institutionen und das Instrumentarium zu schaffen, die es möglich machen, die Gesamtnachfrage in ihrer Entwicklung an die jeweils verfügbaren Ressourcen anzupassen und die Chancen zur Steigerung der Produktivität so gut wie möglich wahrzunehmen.

Das Deutsche Institut für Wirtschaftsforschung, Berlin, vertritt folgende Auffassung:

Die Entwicklung von Gesamtangebot und Gesamtnachfrage im zweiten Halbjahr 1962 wird sich — nachdem der Übergang auf ein langsames Wachstumstempo abgeschlossen ist und die ungünstigen Saisonfaktoren weggefallen sind — nur unwesentlich von der seit Frühjahr gegebenen gesamtwirtschaftlichen Konstellation unterscheiden. Ein erneuter konjunktureller Aufschwung ist nicht zu erwarten.

Bereits im ersten Halbjahr konnte die Stabilisierung des Wachstums auf niedrigerem Niveau nur erreicht werden, weil die öffentlichen Ausgaben ihren starken expansiven Trend beibehielten und die negativen Einflüsse, die noch im zweiten Halbjahr 1961 von der Kapazitätsausnutzung auf die Investitionsneigung der Unternehmungen ausgingen, infolge der Arbeitszeitverkürzung im ersten Halbjahr erheblich an Be-

deutung verloren hatten. Voraussetzung dafür, daß der gegenwärtig erreichte Wachstumspfad im zweiten Halbjahr nicht wiederum nach unten verlassen wird, ist die anhaltende Expansion der öffentlichen Ausgaben für Bauinvestitionen und Staatsverbrauch. Sie ist notwendig, um der nach wie vor erheblichen Wachstumsverlangsamung bei den Investitionsausgaben der Unternehmen und künftig auch bei den Käufern von Gütern und Diensten des privaten Verbrauchs entgegenzuwirken. Unter dieser Voraussetzung ist ein Wachstum des realen Bruttosozialprodukts von 3 vH zu erwarten.

Die Ausdehnung des Angebots an Gütern und Diensten aus der heimischen Produktion wird dem restriktiven Einfluß der Arbeitskräfteverknappung und Arbeitszeitverkürzung im gleichen Ausmaß unterliegen wie im ersten Halbjahr. Trotzdem wird das Angebotspotential weiterhin verhältnismäßig elastisch bleiben; Nachfrageentwicklung und Preisaufrtrieb verhindern jedoch nach wie vor die Nutzung der vorhandenen Produktivitätsreserven.

Die Zunahme des nominalen Sozialprodukts wird zwar geringer sein als im ersten Halbjahr, aber immerhin noch + 7 vH betragen. Sie wäre damit intensiv genug, um die Anlagekapazitäten hinreichend zu nutzen und — wie in früheren Jahren — eine weitere kräftige Expansion von Produktion und Realeinkommen zu verwirklichen, wenn nicht die weiter, wenn auch verlangsamt steigenden Preise der erwünschten vollen Umsetzung von nominaler Nachfrage in reale Produktion entgegenstünden.

Als Hauptquellen der bisherigen Preissteigerungen sind die starken Erhöhungen der Lohnkosten und — neben der Verteuerung der Ernährung durch die schlechte Vorjahrsernte — das Konzept der deutschen Agrarpolitik anzusehen. Besonders bedenklich ist die Tatsache, daß selbst in den Fällen, wo die Ertragslage des Wirtschaftszweiges die Lohnerhöhung nicht gestattet hätte, diese mit Hilfe öffentlicher Subventionen durchgesetzt wurde. Die Kostensteigerung konnte sich in diesem Jahr stärker als 1961 in Preiserhöhungen auswirken, weil sich auch bei den wichtigsten Außenhandelspartnern der Preisaufrtrieb verstärkt hat. Im zweiten Halbjahr werden die Preise in der Bundesrepublik nicht mehr so stark steigen wie bisher, weil preiserhöhende Einflüsse, die auf dem Agrarmarkt und in der Bauwirtschaft im ersten Halbjahr wirksam gewesen sind, wegfallen werden.

Gegenwärtig wird verschiedentlich erwogen, den Preisaufrtrieb vor allem durch die Drosselung der öffentlichen Ausgaben einzudämmen. Durch die Einschränkung der Nachfrage soll der Arbeitskräftebedarf soweit verringert werden, daß die

Lohnsteigerungen nicht mehr über die Produktivitätsfortschritte hinausgehen. Ein derartiges Vorgehen verspricht jedoch keinen Erfolg. Mit der weiteren Nachfragedämpfung würde nicht nur eine Verlangsamung im Lohn-, sondern auch im Produktivitätswachstum einhergehen. Vieles spricht dafür, daß zunächst die Produktivitätssteigerung stärker beeinträchtigt wird als die Lohnzunahme. Wenn diese Maßnahmen Erfolg haben sollen, müßte ein Grad von Arbeitslosigkeit erzwungen werden, der nicht hingenommen werden kann.

In der gegenwärtigen Situation gibt es daher keine andere Möglichkeit als zu versuchen, durch Mobilisierung der potentiellen Nachfragereserven den erreichbaren Wachstumspfad von 4 bis 5 vH mit seinen starken Produktions- und Produktivitätssteigerungen wiederherzustellen. Die Aussichten für diese Politik sind gut. So wirkt bereits jetzt die Expansion der Endnachfrage im öffentlichen und privaten Sektor einem weiteren Absinken der Kapazitätsausnutzung und damit der Investitionsneigung entgegen. Gelänge es, das Wachstum der öffentlichen Nachfrage auch im nächsten Jahr durchzuhalten — bei den nationalen und internationalen Verpflichtungen dürfte das nicht schwerfallen —, so ist eine neuerliche Intensivierung der privaten Investitionstätigkeit zu erhoffen. Um die erwünschten Wachstumsimpulse zu geben, bedürfte es also lediglich der Bereitschaft, vorübergehend die öffentlichen Investitionen stärker als in den letzten Jahren durch Kredite zu finanzieren, also auch im öffentlichen Sektor zu verstärkter Fremdfinanzierung überzugehen. Die starke Beanspruchung des Kapitalmarktes durch die öffentliche Hand würde zu keiner Verschlechterung der Kreditbedingungen für die private Wirtschaft führen, wenn die Bundesbank die Liquidität der Geschäftsbanken entsprechend stärken würde. Dies könnte durch erneute Freigabe von Mindestreserven erreicht werden.

Auf diesem Wege ließe sich für die nächste Zukunft — etwa bis in die zweite Hälfte des Jahres 1963 hinein — die Steigerung des Lohnkostenanteils vermindern und damit diese Quelle des Preisaufrtriebs eindämmen.

Solange jedoch die großen sozialen Gruppen ihre Entscheidungen um des kurzfristigen Vorteils willen treffen, wird sich Preisstabilität nicht erreichen lassen. Die Überwindung dieser Art von Gruppenverhalten setzt jedoch ein Vertrauen in die längerfristige Entwicklung voraus, das sich wahrscheinlich nur durch langfristige wirtschaftspolitische Zielsetzungen einstellen wird. Ohne Verzicht auf die marktwirtschaftliche Grundkonzeption könnte dies im Rahmen eines unter allseitiger Mitwirkung zustande kommenden Wirtschaftsprogramms erreicht werden.

Herausgeber: Deutsches Institut für Wirtschaftsforschung, Berlin-Dahlem, Königin-Luise-Str. 5 u. Bonn, Koblenzer Str. 170.
 Präsident: Prof. Dr. Dr. h. c. Ferdinand Friedensburg. *Abteilungsleiterkollegium:* Dr. Gerhard Abeken, Dr. Klaus Dieter Arndt, Dr. Ingeborg Köhler-Rieckenberg, Dr. Rolf Krengel, Dr. Hans Liebe, Dr. Herbert Martell, Prof. Dr. Joachim Tiburtius.
 Schriftleitung: Dr. Hans Liebe, Berlin-Frohnau, Edelhofdamm 36, z. Zt. krank. Mit der Vertretung beauftragt: Dr. Dieter Hiß.
 Verlag: Duncker & Humblot, Berlin-Lichterfelde, Geranienstr. 2. Druck: Buch- und Kunstdruckerei Gustav Ahrens, Berlin N 65, Friedrich-Krause-Ufer 24. Alle Rechte vorbehalten. Printed in Germany. Bezugspreis für den Jahrgang (einschließlich Zustellung im Inland) DM 32,—, halbjährlich DM 17,—, vierteljährlich DM 9,—.



Gegenstand *)	Einheit †)	1961									1962				
		April	Mai	Juni	Juli	Aug.	Sept.	Okt.	Nov.	Dez.	Jan.	Febr.	März	April	Mai
Anzahl der Werktag ¹³⁾		20,0	20,8	21,8	22,7	20,8	23,0	19,8	21,8
Kredite an Nichtbanken															
Zentralbankssystem	Mill. DM	1971	2080	2080	2121	3069	3132	3181	2844	3017	2897	2677	2552	2398	2792
Kreditbanken	"	45157,6	45824,9	47193,2	47376,2	47742,9	48991,7	48454,8	48839,2	50131,1	49440,4	49870,9	50773,4	50952,8	.
an Wirtschaft u. Private	"	37538,9	37916,0	39285,6	39302,8	39756,2	40964,2	40395,2	40775,1	42145,6	41332,6	41603,7	42754,9	42859,9	.
kurzfristige Kredite	vH	69,4	69,2	69,6	69,4	69,0	69,2	68,6	68,3	68,9	67,9	67,9	68,1	67,7	.
dar. Wechselkredite	"	29,8	29,7	29,3	29,3	29,2	28,9	28,7	28,5	30,3	28,9	28,3	28,3	28,2	.
mittelfristige Kredite	"	12,2	12,4	12,4	12,4	12,7	12,6	12,8	12,9	12,5	12,7	12,8	12,7	13,1	.
langfristige Kredite	"	18,4	18,4	18,0	18,2	18,3	18,2	18,6	18,8	18,6	19,4	19,3	19,2	19,2	.
an öffentl.-rechtl. Körperschaften	Mill. DM	1596,6	1623,9	1663,6	1653,9	1648,0	1681,4	1658,1	1678,1	1668,6	1680,2	1529,0	1489,4	1442,0	.
Wertpap. u. Konsortialbeteiligung	"	6022,1	6285,0	6244,0	6419,5	6338,7	6365,1	6399,5	6386,0	6316,9	6427,6	6538,2	6529,1	6650,9	.
Übrige Kreditinstitute 1)															
an Wirtschaft u. Private	"	119630,4	121149,0	123223,2	124438,6	125947,3	127926,0	129677,6	131655,2	133481,4	134948,0	136925,6	138947,0	140150,0	.
kurzfristige Kredite	vH	85300,1	86321,7	87656,0	88448,3	89495,7	90911,8	91897,1	93391,0	94731,9	95058,5	96274,2	97608,0	98501,0	.
dar. Wechselkredite	"	20,1	20,0	20,3	19,8	19,3	19,6	19,2	19,3	19,2	19,0	19,2	19,6	19,3	.
mittelfristige Kredite	"	7,4	7,5	7,5	7,3	7,2	7,2	7,1	7,0	7,0	6,8	6,9	7,0	6,9	.
langfristige Kredite	"	8,4	8,5	8,6	8,6	8,6	8,5	8,5	8,5	8,5	8,4	8,3	8,3	8,4	.
an öffentl.-rechtl. Körperschaften	Mill. DM	20598,0	20804,0	21173,8	21242,7	21472,0	21792,8	22225,5	22411,0	22787,9	23263,8	23446,0	23671,2	23707,4	.
Wertpap. u. Konsortialbeteiligung	"	13732,3	14023,3	14393,4	14747,6	14979,6	15221,4	15555,0	15853,2	15961,6	16625,7	17206,4	17661,5	17941,6	.
Bargeldumlauf und Bank-einlagen															
Bargeldumlauf außerhalb der Kreditinstitute															
Sicht- u. Termineinlagen, ges. 12)	Mill. DM	21563	21274	22065	22180	22214	22888	22277	23116	23137	22191	22756	23474	23343	23479
von Wirtschaft und Privaten	"	56837	58354	59437	59742	59720	59008	59574	59985	62667	60875	61045	60857	61799	63350
Sichteinlagen	vH	38609	39491	39140	40115	40348	39651	41137	41387	43953	41973	41665	40930	42757	43446
Termineinlagen	"	67,6	68,4	69,7	70,1	70,5	71,0	71,2	72,0	72,9	70,3	69,9	70,6	70,8	70,8
von deutschen öffentl. Stellen 12)	Mill. DM	32,4	31,6	30,3	29,9	29,5	29,0	28,8	28,0	27,1	29,7	30,1	29,4	29,2	29,2
Sichteinlagen bei Kreditinsti- tuten, d. Zentralbanksystems	vH	18228	19463	20357	19627	19372	19417	18437	18598	18714	18902	19380	19927	19042	19904
Sichteinlagen beim ZBS 12)	"	17,0	17,9	17,1	16,6	18,3	18,6	17,8	20,3	23,7	19,2	20,1	18,7	19,7	20,5
Termineinlagen	"	35,0	33,8	36,2	35,3	30,5	31,2	30,2	27,7	25,3	27,9	25,6	30,6	27,8	26,0
ERP-Sondervermögen	Mill. DM	48,0	48,3	46,7	48,1	51,2	50,2	52,0	52,0	51,0	52,9	54,3	50,7	52,5	53,5
Spareinlagen	"	234	165	725	787	420	382	374	407	352	531	232	271	250	229
55484	"	55996	56423	56804	57213	57581	58330	58387	60073	61411	62398	63226	63673	64249	
Deutsche Bundesbank															
Gold und Devisen, gesamt	Mill. DM	29902,5	30027,7	30550,1	30126,7	28234,2	28270,3	27249,2	27113,9	28547,2	25622,3	25769,0	26694,7	26473,4	26663,1
Gold	"	13021,7	13545,2	13885,9	13934,7	14408,1	14408,8	14423,6	14424,2	14426,6	14427,8	14428,7	14437,2	14437,9	14438,6
Guthaben bei ausländisch. Banken	"	16623,4	16166,5	16356,9	15844,7	13490,6	13519,7	12547,9	12426,5	13829,3	10926,0	11088,2	11991,3	11767,0	11959,7
Sorten, Wechsel, Schecks	"	257,4	316,0	307,3	347,3	335,5	341,8	277,7	263,2	291,7	268,5	252,1	266,2	268,5	264,7
Wertpapiermarkt															
Absatz an festverz. Schuldver- schreibungen und Aktien 2)	Mill. DM	769,5	901,4	981,7	1134,0	770,4	724,0	725,1	722,9	1023,2	1602,4	1609,7	786,0	995,1	1129,1
Pfandbriefe	vH	34,5	26,5	40,9	24,4	38,5	40,2	46,6	33,1	40,6	32,8	17,4	45,5	25,7	24,2
Kommunalobligationen	"	27,3	25,0	25,6	15,9	22,6	25,8	30,9	22,2	15,2	19,3	18,9	31,6	18,5	19,1
Öffentliche Anleihen	"	14,4	21,7	0,4	22,4	0,3	0,1	0,8	17,9	10,2	25,7	32,9	1,0	26,1	11,5
Industrieobligationen	"	—	—	5,1	—	—	—	—	—	14,7	6,9	9,3	9,5	—	12,4
Aktien	"	12,2	15,4	19,2	32,9	24,9	31,0	13,8	9,4	12,3	8,1	8,4	6,9	22,6	13,5
Kursdurchschnitt 3)	31.12.53														
Aktien 4)	D	100	100	100	100	100	100	100	100	100	100	100	100	100	100
4%ige Wertpapiere	vH	101,00	101,84	102,19	102,09	101,87	101,67	101,60	101,37	101,12	101,65	102,25	102,32	102,37	102,34
5%ige Pfandbriefe	"	113,59	114,30	114,68	114,35	113,86	113,16	112,80	112,55	112,20	113,16	113,92	114,21	114,66	114,85
5%ige Kommunalobligationen	"	113,11	113,98	114,31	114,06	113,69	113,09	112,67	112,50	112,18	112,69	113,41	113,80	114,04	114,18
5 1/2%ige Pfandbriefe	"	115,13	115,62	115,72	115,60	115,13	114,36	114,15	113,97	113,64	114,68	115,53	115,67	116,06	116,29
8%ige Industrieobligationen 5)	"	103,43	103,84	104,07	102,47	103,14	102,94	103,08	103,39	103,42	103,36	103,77	103,89	103,63	103,56
Finanzen															
Kassenmäßige Einnahm. aus Steuern des Bundes und der Länder 6)	Mill. DM	4368,2	4710,8	7344,0	4780,6	5098,8	7312,9	4769,9	5321,6	8596,9	5592,6	4898,8	7505,8	4675,0	.
Besitz- und Verkehrsteuern 7)	"	1748,6	1883,1	4724,5	2086,8	2150,3	4667,2	1899,1	2059,7	5634,8	2573,6	2024,3	4969,1	1970,0	2270,9
Lohnsteuer	"	744,9	749,7	766,7	910,8	903,8	950,3	1041,9	981,2	1102,1	1274,1	860,5	714,9	840,7	890,9
Veranl. Einkommenst.	"	388,8	349,4	1978,7	400,1	334,9	1959,6	260,1	236,3	2336,5	416,0	348,7	2282,6	424,0	433,8
Körperschaftsteuer	"	182,6	148,3	1458,6	248,1	135,5	1401,7	138,3	170,2	1740,0	262,3	164,5	1496,5	218,5	176,7
Umsatzsteuer	"	1501,2	1396,7	1458,0	1514,8	1481,5	1463,1	1553,1	1601,7	1575,4	1835,9	1387,4	1336,1	1518,3	1515,3
Zölle und Verbrauchst.	"	1042,2	1052,4	1111,3	1112,3	1115,6	1141,6	1230,6	1265,5	1314,1	1105,9	1026,7	1101,9	1053,0	1158,6
Lastenausgleichsabgaben 8)	"	76,2	378,6	50,2	66,7	351,4	41,0	87,1	394,7	72,6	77,4	400,4	98,7	133,7	.
Außenhandel															
Einfuhr, insgesamt	Mill. DM	3649	3737	3727	3713	3472	3678	3999	3833	4226	3794	4056	4180	3763	4363
Ausfuhr, insgesamt	"	4368	4034	4419	4217	4063	4303	4356	4242	4729	3827	4065	4754	4242	4666
Saldo 9)	"	+ 719	+ 297	+ 692	+ 504	+ 591	+ 625	+ 357	+ 409	+ 503	+ 33	+ 9	+ 574	+ 479	+ 303
Einfuhrvolumen 10)	"	4133	4149	4165	4195	3930	4187	4540	4356	4748	4350	4649	4810	4301	4959
Ausfuhrvolumen 10)	"	4217	3864	4247	4017	3866	4137	4195	4080	4508	3654	3924	4573	4099	4431
Terms of Trade 11)	1954=100	117,0	115,6	116,9	119,3	119,3	118,2	118,2	118,2	118,0	120,7	119,5	119,5	119,5	119,3
Einfuhr															
Güter der Ernährungswirtschaft	Mill. DM	915	905	940	942	868	959	1120	1204	1330	1064	1191	1203	1154	1274
Rohstoffe	"	810	785	771	711	739	768	720	701	745	788	696	763	697	772
Halbwaren	"	663	609	648	631	642	589	622	572	621	680	632	652	647	638
Fertigwaren	"	1225	1410	1325	1388	1192	1313	1440	1310	1489	1256	1504	1530	1332	1650
davon: Vorzeugnisse	"	502	491	524	527	479</									

Gegenstand	Einheit †)	Woche:	Vorjahr					Gegenwart									
			11.-17. Juni 1961	18.-24. Juni 1961	25. Juni bis 1. Juli 1961	2.-8. Juli 1961	9.-15. Juli 1961	13.-19. Mai 1962	20.-26. Mai 1962	27. Mai bis 2. Juni 1962	3.-9. Juni 1962	10.-16. Juni 1962	17.-23. Juni 1962	24.-30. Juni 1962	1.-7. Juli 1962	8.-14. Juli 1962	
			24.	25.	26.	27.	28.	20.	21.	22.	23.	24.	25.	26.	27.	28.	
Produktion																	
Geschäftstätigkeit in USA	1957=100		111,4	109,7	110,0	110,7	111,3	115,9	115,6	115,6	115,5	116,5	117,0	116,9	.	.	
Industrieproduktion in USA	1947/49 = 100		174,9	176,9	174,0	177,2	172,9	174,6	174,8	177,9	177,7	175,5	175,6	176,4	176,9	.	
Steinkohlenföderung in der BRD ¹⁾	1000 t	WS	2689	2704	2692	2675	2685	2662	2723	2641	2665	2577	2595	2641	2649	.	
„ „ Großbritannien			3983		3419	3320	3755	
Kohlenförderung in USA			7688	8047	8131	8042	1692	7498	7493	6804	7498	8001	8627	7439	.	.	
„ „ GroÖbritannien			442	481	470	471	469	469	462	435	418	394	452	486	481	.	
„ „ USA			1852	1801	1794	1746	1614	1601	1508	1493	1439	1433	1440	1418	1362	.	
Kraftwagenherstellung in USA	1000 Wagen		153	151	152	103	127	182	180	142	178	174	133	127	130	.	
Stromverbrauch in West-Berlin ²⁾	Mill. kWh		42,4	41,5	41,8	42,5	41,5	49,3	48,5	45,7	42,2	40,9	44,1	45,7	47,9	44,8	
Güterverkehr																	
Wagengestellung b. d. Dt. Bundesbahn ³⁾	1000 Wagen	WS	356,6	396,5	398,6	390,0	388,7	395,2	395,9	339,4	391,6	335,6	354,1	403,1	392,2	.	
Zahlungsverkehr																	
Zahlungsmittelumlauf in BRD u. West-Berlin	Mill. DM	BSt	21088	20293	23242	22146	21893	22776	21555	24956	23724	23217	22367	25260	24233	.	
Notenumlauf d. Bank von England	£	Mi	2306	2311	2321	2338	2348	2307	2294	2290	2304	2322	2321	2317	2325	2344	
„ „ Bank von Frankreich	Mrd. NF	Do	39,0	37,7	40,4	41,4	41,2	43,1	42,9	44,5	44,6	44,0	43,7	45,3	.	.	
„ „ Niederländ. Bank	Mill. hfl.	Mo	4790	4778	4890	5077	4978	5112	5121	5339	5348	5202	5698	5226	5432	5323	
„ „ BelgischenNationalalb.	bfrs.	Do	123243	121801	121638	125110	125671	127829	126994	127479	130358	130216	128318	128637	132624	123468	
„ „ Schweizer	sfrs.	BSt	6423	6596	6773	6658	6801	7073	7112	7362	7246	7163	7273	7501	6362	.	
„ „ Schwedischen	skr.		5940	6130	6302	6206	6097	6089	5966	6363	6133	6264	6488	6673	6612	.	
Zahlungsmittelumlauf in USA	\$	Mi	32299	32247	32202	32480	32797	33406	33327	33331	33351	33663	33654	33584	33858	34155	
Geld- und Kapitalmarkt																	
<i>Deutsche Bundesbank</i>																	
Gold	Mill. DM	BSt	13863	13913	13886	13920	13920	14438	14438	14439	14439	14439	14439	14439	14439	.	
Gesamtaktiva aus d. Auslandsgeschäft			15988	16230	16664	16687	16430	12347	12204	12225	12234	12334	12843	10840	12876	.	
Inlandswechsel			948	758	853	1212	1344	825	755	653	1119	949	1357	1503	1525	.	
Kassenkredite			1	5	0	1	1	0	0	500	590	0	3	0	0	.	
Ausgleichsforderungen und unverzinsliche Schuldverschreibungen			3030	3218	3301	3168	2887	4080	4013	4005	4051	4161	4359	4419	4396	.	
Einlagen insgesamt			18801	19507	17145	18163	18193	15783	16810	14289	15551	15593	18131	15815	16146	.	
darunter: von Kreditinstituten ⁴⁾			10156	9724	9528	10723	10340	9623	9555	8884	10491	8773	8908	9009	9790	.	
von öffentlichen Einlegern			8422	9552	7371	7188	7623	5928	7031	5166	4817	6584	8984	6044	6124	.	
<i>Halbmonatliche Bankenstatistik⁵⁾</i>																	
Kursfristige Kredite an Nichtbanken			28847	.	29577	.	29469	30605	.	30779	.	30986	
dar.: an Wirtschaftsuntern. u. Private an öff.-rechtl. Körperschaften			25690	.	26441	.	26360	27709	.	27803	.	28110	
Einlagen von Nichtbanken			3157	.	3136	.	3109	2897	.	2976	.	2876	
darunter Spareinlagen			62809	.	62822	.	63381	70281	.	70657	.	70641	
Bank von England			29045	.	29140	.	29233	32974	.	33117	.	33198	
<i>Bank von England</i>																	
Regierungspapiere d. Emissionsabtlg. Forderungen der Bankabteilung	Mill. £	Mi	2323,5	2323,5	2373,5	2373,5	2323,7	2374,0	2374,0	2374,0	2374,0	2373,9	2373,9	2374,0	2373,9	2374,0	
Einlagen			501,5	513,3	482,7	494,1	492,9	500,2	501,2	498,8	502,1	478,9	446,1	445,0	437,9	472,7	
Bundes-Reserve-Banken in USA			503,6	510,0	519,8	514,1	502,8	551,1	565,7	566,6	555,9	515,1	483,6	485,9	470,7	486,6	
<i>Aktiva insgesamt</i>																	
darunter: Goldzertifikate	Mill. \$	Mi	49971	50573	49315	49592	50178	52714	51161	50955	51747	52217	53731	55225	52882	51949	
Regierungspapiere			16126	16174	16198	16211	16201	16165	16165	16158	16173	16166	16163	16158	16155	16021	
Einlagen insgesamt			26845	26865	26774	27383	27143	29454	29211	29570	29949	29628	29574	29983	30334	29487	
darunter: Regierungseinlagen			17347	17592	17272	17382	17465	18307	17815	17795	18194	18084	18793	18344	18979	17834	
Zinssätze			565	563	649	349	493	627	619	568	450	458	572	578	490	436	
<i>Zinssätze</i>																	
Tagesgeld in London	% p. a.	Sa	3-4/8	3/8-4/8	3-4/4	3/8-4/8	-47/16	27/8-37/8	21/2-3/4	27/8-37/8	27/8-3/4	27/8-3/4	27/8-3/4	27/8-37/8	27/8-37/8	27/8-37/8	
Handelswechsel, 3 Mon., London			5/8-6/8	5/8-6/8	5/2-6/8	5/2-6/8	5/2-6/8	5/2-6/8	5/2-6/8	5/2-6/8	5/2-6/8	5/2-6/8	5/2-6/8	5/2-6/8	5/2-6/8	5/2-6/8	
Effektenmarkt																	
Kursdurchschnitte festverzinsl. Wertpapiere im Bundesgebiet u. in W-Berlin	vH	BSt	102,18	102,22	102,22	102,19	102,19	102,42	102,32	102,20	102,19	102,20	102,20	102,19	102,19	.	
4%ige RM-Wertpapiere, auf DM ⁶⁾			114,74	114,72	114,43	114,68	114,52	114,99	114,89	114,65	114,63	114,63	114,60	114,58	114,71	.	
5%ige DM-Pfandbriefe ⁷⁾			114,35	114,34	114,32	114,38	114,09	114,22	114,22	114,13	114,13	114,13	114,13	114,13	114,17	.	
5%ige DM-Komm.-Obligationen ⁸⁾			102,38	102,40	102,26	102,14	102,00	101,54	100,85	100,48	100,30	100,35	100,19	100,08	99,99	.	
6%ige DM-Pfandbriefe ⁷⁾			104,12	104,12	104,00	103,75	101,63	103,56	103,56	103,63	103,63	103,60	103,60	103,60	104,54	.	
8%ige DM-Industrieobligationen	
Aktienindex, BRD ⁹⁾	31. Dez. 58 = 100	Fr	.	.	239,9	.	.	180,4	169,9	175,1	172,4	166,8	161,0	156,9	163,5	166,4	
Aktienindex, Großbritannien ⁹⁾	1. 7. 1935 = 100		331,0	327,2	322,0	313,5	306,2	294,5	284,4	274,3	268,6	263,2	257,7	268,9	268,3	266,2	
Aktienindex, USA ¹⁰⁾	\$ je Stück		685,5	688,7	684,0	692,7	691,0	650,7	611,9	611,1	601,6	578,2	539,2	561,3	576,2	490,2	
Wechselkurse																	
DM-Noten, Freiverkehr, Zürich	sfrs. je 100 DM	BSt	108,75	108,55	108,50	108,50	108,50	108,50	108,00	108,00	108,00	108,19	108,19	108,20	108,41	.	
„ „ Devisenkurs, New York	\$ je 100 DM	Fr	25,19	25,19	25,19	25,14	25,14	24,90	24,90	24,95	24,95	25,00	25,00	25,05	25,05	.	
„ „ „ Paris	NF je 100 DM		123,41	123,22	123,16	123,16	123,18	122,54	122,53	122,62	122,60	122,64	122,85	122,78	123,03	123,05	
DM-Ost, Mittelkurs, Berlin	je DM-West		4,49	4,49	4,47	4,49	4,56	3,40	3,40	3,20	3,20	3,30	3,30	3,11	3,06		
Weltrohstoffpreise																	
<i>Indizes</i>																	
Moody's Index	31. 12. 31 = 100	Fr	366,1	368,9	371,5	370,4	369,5	368,6	364,8	364,0	363,6	368,8	371,7	370,2	369,3	370,5	
Reuter's Index	18. 9. 31 = 100		415,9	418,2	417,4	419,0	421,6	410,1	409,5	409,7	407,4	408,4	408,2	408,5	409,2	409,8	
DIW-Index ¹¹⁾	1938 = 100	Mi	282,2	283,0	283,4	285,0	286,4	278,9	278,0	277,0	277,0	277,3	278,3	278,4	278,9	279,3	
dar. Nahrungs- und Genußmittel			255,2	253,7	256,7	262,0	262,2	260,3	257,8	254,8	254,8	256,2	258,9	259,1	260,7	261,3	
Textilrohstoffe			347,5	349,9	351,4	351,6	356,2	339,5	340,0	339,9	340,8	341,7	342,5	341,5	342,2	343,9	
Metalle			264,8	266,4	267,8	265,5	264,1	256,1	254,7	253,9	253,1	251,5	250,9	251,0	250,4	250,2	
<i>Preise</i>																	
Weizen, hardw. II, loco, New York	cts je 60 lbs		246,88	247,63	245,75	249,00	247,63	268,50	267,50	267,25	269,75	270,38	270,13	270,63	270,50	270,88	
Kaffee, Santos 4, loco, New York	cts je lb		37,50	37,75	37,50	37,50	37,50	34,25	34,25	34,38	34,18	34,50	34,50	34,50	34,50	34,50	
Wolle, Kamms., Cr. 48's, loco, Bradford	d je lb		76,00	76,0													